

PLENUM AKTUELL

19. Wahlperiode – Zeitraum 18.1.2014 - 17.1.2015

Tätigkeitsbericht

Norbert Schmitt



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

hiermit möchte ich heute einen **Zwischenbericht** meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordneter für das erste Jahr der 19. Legislaturperiode des Hessischen Landtags vorlegen.

Schwarz - grün enttäuscht auf ganzer Linie - grün vergilbt

Kuscheln statt Handeln

Natürlich hätte die SPD gerne Regierungsverantwortung in Hessen übernommen. Aber eine rot-rot-grüne Koalition war nicht möglich, da alle drei (!) Partner zu geringe Möglichkeiten für eine dauerhafte Zusammenarbeit sahen.

Auf der anderen Seite waren unsere Gespräche mit der CDU intensiv und ernsthaft, aber ich hatte früh (u.a. beim Unterbezirksparteitag im November 2013) prognostiziert, dass die Grünen für die CDU „billiger zu haben sind“ und vieles auf eine schwarz-grüne Koalition hinausläuft. So kam es auch.

Am 18. Januar 2014 wurde dann auch die erste schwarz-grüne Koalition in einem Flächenland durch die Wahl von Volker Bouffier besiegelt.

Meine Einschätzung nach dem ersten Jahr schwarz-grün:

Die Regierung hat wenig ambitionierte Ziele. „Kuscheln statt Handeln“ ist die Devise der Regierung Bouffier/Al Wazir.

In der Öffentlichkeit wird durch die Koalitionspartner immer wieder der Eindruck vermittelt, dass sich CDU und Grüne bestens verstehen und das harmonische Klima hervorgehoben. Kuscheln aber reicht nicht, um ein Land zu gestalten, sondern dazu ist hartes Arbeiten und entschlossenes Handeln erforderlich. Daran mangelt es aber.

So werden die Kommunen mit ihren finanziellen Problemen von der Landesregierung alleine gelassen. Die Kommunen sind pleite, aber trotzdem kommt schwarz-grün ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung einer angemessenen Finanzierung der hessischen Gemeinden, Städte und Kreise nicht nach. Hinzu kommt, dass die Landesregierung den Kommunen nicht alle Kosten ersetzt, die bei der Unterbringung von Flüchtlingen entstehen, obwohl dies Pflicht des Landes ist.

Auch bei der Bildungspolitik enttäuscht die Landesregierung. Dort sind keine Fortschritte erkennbar. Wie kaum in einem anderen Bundesland wird gegen die Chancengleichheit verstoßen, echte Ganztagschulen sind die große Ausnahme und auch beim notwendigen Umstieg von G8 zu G9 wurde der Elternwille massiv missachtet. Dass die Schulsozialarbeit massiv gekürzt wird, ist völlig inakzeptabel. Ein Treppenwitz ist es den Kommunen jetzt mit dem Modell „Pakt für den Nachmittag“ die finanzielle Last von Ganztagsangeboten aufzuladen. Das Land zahlt nur bis 14.30 Uhr, alle sonstigen Leistungen bis 17 Uhr sollen dann im Wesentlichen die Kreise und Eltern zahlen. So ist es kein Wunder, dass bisher im Kreis Bergstraße – obwohl er als Modellregion ausgewählt wurde – die Nachfrage dürrig ist.

Bei der notwendigen Energiewende geht es auch nur langsam voran. Die energiepolitischen

Ziele der Landesregierung sind jedenfalls für eine grüne Partei wenig ehrgeizig. Hessen bleibt trotz aller Versprechungen bei der Windkraft weiterhin weit hinter anderen Binnenländern zurück. Auch hier wird deutlich: die Grünen vergilben.

Insgesamt kann man feststellen, dass eigentlich durch die CDU nur der Regierungspartner ausgewechselt wurde. Die alte CDU-Politik geht weiter. Die Grünen haben die FDP nur ersetzt und kaum neue Akzent gesetzt.

Funktionen:

Finanz- und haushaltspolitischer Sprecher

Ich habe wiederum die Funktion des finanz- und haushaltspolitischen Sprechers übernommen, zudem bearbeite ich wieder die Fragen der Atompolitik im Umweltausschuss. Zusätzlich bin ich Obmann im Untersuchungsausschuss zur Affäre um die rechtswidrige vorläufige Stilllegung der Atomkraftwerke in Biblis.

Als **Sprecher im Haushaltsausschuss** befasse ich mich u.a. mit den Haushalts- und Finanzplänen, den Kommunalen Finanzen, der Steuerpolitik und dem Länderfinanzausgleich.

Im Berichtsjahr war die Befassung mit dem Nachtragshalt 2014 und dem Haushalt 2015 der Schwerpunkt meiner Arbeit – neben der Diskussion um die Neuordnung des Kommunalen Finanzausgleichs (dazu unten mehr).

Zur Haushaltssituation ist festzustellen, dass Schwarz-Grün die Schuldenbremse verschärft hat. Der Abbaupfad der Verschuldung orientiert sich am Haushalt 2014. Dort haben CDU und Grüne die Nettoneuverschuldung reduziert, so dass in den Folgejahren ebenfalls die Spielräume verkürzt werden. Leidtragende und Sparopfer sind die Kommunen und die Beamten, deren Gehalt für 2015 nicht erhöht und in den Folgejahren nur um 1 Prozent ansteigen soll (was natürlich gerade für Beamte mit kleiner Besoldung nicht gerecht ist). Um nicht falsch verstanden zu werden: die Schuldenbremse ist richtig. Aber ihre Umsetzung durch schwarz-grün ist einfach dumm.

Finanzsituation der hessischen Kommunen

Intensiv habe ich mich als finanzpolitischer Sprecher mit der **Finanzsituation der hessischen Kommunen** befasst. In keinem anderen Bundesland erhalten die Kommunen so wenig Unterstützung durch die Landesregierung wie in Hessen. Die hessischen Kommunen haben deshalb die höchsten Defizite. In dieser Situation hat die Landesregierung den Kommunen zudem 344 Millionen Euro entzogen. Die SPD-Fraktion hat mit vielen Stellungnahmen und Anträgen dies deutlich kritisiert.

Wer nun gehofft hat, dass nach der erfolgreichen Klage der Stadt Alsfeld gegen das Land vor dem Staatsgerichtshof eine Besserung eintreten wird, muss den Realitäten ins Auge blicken. Mit der Regierungsbeteiligung der Grünen hat und wird sich nichts bessern. Im Gegenteil mit Knebelerlassen werden die Kommunen noch mehr drangsaliert und gezwungen Leistungen für Bürger zu kürzen und kommunale Steuern, Gebühren und Abgaben zu erhöhen.

Der Vorschlag des Finanzministers zur Neuordnung des KFA ist eine Frechheit. Er kommt damit seiner verfassungsrechtlichen Verpflichtung nicht nach.

Die vom Land angewandten Berechnungsmethoden und Berechnungsmodelle zur Neuordnung des KFA sind ein mathematisch verbrämtes Täuschungsmanöver. Das Ergebnis der Berechnungen stand im vorneherein fest, nämlich dass die hessischen Kommunen nicht mehr Geld vom Land erhalten sollten. Die wirklichen Finanzbedarfe und Finanzierungsnotwendigkeiten der Kommunen spielten keine Rolle.

Dass das Land den Finanzbedarf der Kommunen bei den Pflichtaufgaben (!) um rund eine Milliarde kürzt, ist völlig inakzeptabel.

Zudem hat das Land den unzureichenden Ist-Zustand als Maßstab genommen. Damit wird klar, dass die Landesregierung vom ersten Tag ihrer Berechnungen an vor allem bewiesen haben wollte, dass es nicht mehr Geld in den Finanzausgleich stecken muss. Man fühlt sich an die alte Skatregel erinnert: wer schreibt, der bleibt (oder für die Nichtspieler: wer die Spielstände berechnet und niederschreibt, verliert nicht). Einer bedarfsgerechten Finanzierung der Kommunen kommt man mit dem vorgelegten Konzept keinen Schritt näher. Tatsächlich existierende Bedarfe wie zum Beispiel Unterhalt von Straßen oder öffentlichen Einrichtungen oder die wachsende Aufgaben für Kinderbetreuung sind in dem Rechenmodell des Finanzministers überhaupt nicht berücksichtigt.

Die Ursache der Misere liegt nicht darin, dass die hessischen Städte, Gemeinden und Kreise schlechter wirtschaften als jene in den Nachbarländern, sondern daran, dass ihnen das Land gemessen an den Aufgaben zu wenig Geld gibt. Und dies soll nun für die Zukunft durch die Neuordnung fortgeschrieben werden. Die Neuordnung gibt den hessischen Kommunen damit Steine statt Brot.

Ich werde weiterhin entschlossen für die Kommunen in Hessen eintreten!

Atompolitischer Sprecher

Seit vielen Jahren habe ich als atompolitischer Sprecher der Landtagsfraktion für die Stilllegung der Atomkraftwerke in Biblis gekämpft und mich für den massiven Ausbau Erneuerbarer Energien eingesetzt.

Nachdem die beiden AKWs stillgelegt wurden, geht es nun darum, dass die Blöcke schnellstmöglich – aber ohne Gefahren für Mensch und Umwelt – zurückgebaut werden. Bei der Abwicklung und dem **Rückbau der Anlagen sind noch etliche Fragen offen**, die bearbeitet werden müssen. Ich gehöre dem Beirat an, der den Rückbauprozess begleiten soll. Für eine Bewertung dieses Beirats ist es noch zu früh, aber ich hätte mir eine Federführung durch das Umweltministerium gewünscht.

Die ersten Ergebnisse des **Untersuchungsschusses**, der rechtswidrige Anordnungen zur vorläufigen Stilllegung Biblis untersucht, sind dagegen sehr eindeutig: Die ersten Zeugenaussagen haben nämlich deutlich gemacht, dass leichtfertig und gegen den Rat aller Fachleute im Umweltministerium eine Stilllegungsverfügung aufgrund einer mangelhaften Rechtsgrundlage erlassen wurde und – trotz Warnung aus dem Justizministerium - RWE vor der Verfügung nicht angehört wurde. So sei es kein Wunder, dass das Bundesverwaltungsgericht die Anordnung als rechtswidrig beurteilt hat und RWE nun eine Schadensersatzklage in Höhe von 235 Millionen Euro erhoben hat. Dieser Dilettantismus kann den Steuerzahler teuer zu stehen kommen.

Weitere Tätigkeiten für die Fraktion

Zudem bin ich in den **Landesschuldenausschuss** delegiert und Mitglied im **Vermögensbeirat**, der die Aufgabe hat zu kontrollieren, ob die Rücklagen (immerhin 1,5 Milliarden €) für Pensionslasten effektiv und sicher angelegt werden. Zudem bin ich im Beirat der WI-Bank (dort erhalte ich eine jährliche Aufwandsvergütung von 1000 €), die das Fördergeschäft des Landes abwickelt.

Parlamentarische Initiativen / Reden

Insgesamt verzeichnet die Parlamentsdatenbank **43 Parlamentarische Initiativen** von mir. Dies reicht von kleinen Anfragen, mündliche Fragen über dringliche Berichtsanträge bis hin zu Großen Anfragen. Die Themen reichen wiederum von den „steuerlichen Auswirkungen des Mindestlohns auf Hessen“, über die „Mietpreisbremse“, der „Erdbebenhäufigkeit in Südhessen“ bis hin zu zur „Ausbreitung der Kirschessigfliege“. Darüber hinaus habe ich etliche Anträge für die Fraktion erstellt – der Schwerpunkt war dabei in diesem Jahr der

Kommunale Finanzausgleich.

Das Rednerarchiv hat in dieser Legislaturperiode bisher 22 **Reden** von mir erfasst. Die Themen meiner Beiträge waren dabei: die Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik, der kommunale Finanzsituation sowie die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Biblis-Stilllegung der Auseinandersetzung um die Nutzung der Atomenergie bis hin zur Energiewende.

Mit dem „**plenum aktuell**“ informiere ich per Mail regelmäßig über die Plenarwochen des Hessischen Landtages (weitere Interessenten bitte bei im Büro bei Beate Dechnig melden oder per Mail: norbertschmitt-mdl.de).

Wahlkreis Bergstraße-West

Insgesamt stand als zentrales Thema natürlich die Frage der **Kommunalen Finanzen** im Mittelpunkt. Mit jeder Fraktion vor Ort war ich dabei im Gespräch und wir haben unsere Meinung über die Finanzsituation und den Vorschlag zur Neuordnung des KFAs ausgetauscht. Mit dem **Rückbau der beiden Atomkraftwerksblöcke Biblis A und B** (siehe oben) bin ich intensiv befasst. Die Frage der Trassenführung bezüglich der **ICE-Neubaustrecke** nimmt wieder Fahrt auf. Zusammen mit Gerald Kummer, Christine Lambrecht und Karin Hartmann habe ich deutlichgemacht, dass die SPD-Abgeordneten nicht von der Forderung nach einem angemessenen Lärmschutz und damit einer Tunnellösung abgehen werden. Die Fragen der **Windkraftnutzung**, der **Breitbandversorgung** und der **Wasserbewirtschaftung im Hessischen Ried** gehören ebenfalls zu den vor Ort behandelten Themen. Dauerbrenner sind natürlich auch **Straßenbauprojekte** (für die Ortsumgehung Rosengarten liegt immer von kein Planfeststellungsbeschluss vor!) sowie die **Schulpolitik**, die sich örtlich niederschlägt.

Zudem gibt es in jeder Stadt / Gemeinde des Wahlkreises **spezifische Probleme**, die ich aufgreife und versuche zu lösen.

Das gilt selbstverständlich auch für **Bürgeranliegen**.

Parteiarbeit/Kreistag

Obwohl ich derzeit keine Parteifunktion inne habe, habe ich mich selbstverständlich intensiv in die Arbeit des Unterbezirks der SPD und auf Landesebene eingebracht.

Zudem bin ich **Kreistagsmitglied**. Dort stimme ich im Gegensatz zu den Landtagskollegen von der CDU aber nicht anders ab als im Landtag oder anders herum formuliert: Meine Meinung wechselt nicht von Abstimmungsort zu Abstimmungsort.

Ihr



Eine Information von Norbert Schmitt MdL www.norbertschmitt-mdl.de